
BCCG DISKUSSIONSPAPIER

British Chamber of Commerce in Germany e.V.
Juni 2021

OFFSHORE-WIND UK - NEUES REGIME IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN

NEUE GROSSE RISIKEN FÜR ENTWICKLER
UND INVESTOREN IN DER OFFSHORE-
WINDINDUSTRIE...
...UND EIN LÖSUNGSVORSCHLAG

DR. RAINER M. GIERSCHE &
ROLF FYNE

BCCG EXPERTENGRUPPE ENERGIE

Der Neues BEIS Regime verschärft kaum erfüllbare 'local british content' Anforderungen

Im Zuge des Brexits manifestiert sich ein neues BEIS-Regime (BEIS - Department for Business, Energy & Industrial Strategy des Wirtschaftsministeriums Großbritannien).

Es kommt wohl so, wie wir es in unserem Diskussionspapier (Die Grüne Revolution; BCCG-Diskussionspapier im März 2021) vorhergesagt haben. Die britische Regierung erhöht massiv die Verpflichtungen zu local content Anteilen für Entwickler und Investoren im britischen Offshore-Windenergiesektor.

Das BEIS führt strengere Vorschriften für die Lieferkettenpläne von Offshore-Wind-Entwicklern ein, die bindender Bestandteil der Gebote im Rahmen der Auktionen für offshore Windparkflächen und damit für die Erteilung von Zuschlägen kritisch sind.

Bisher sollten die Supply-Chain-Pläne etwa 50 Prozent an sogenanntem Local Content erreichen, was bedeutet, dass fast die Hälfte der Dienstleistungen und Komponenten, die für den Bau von Offshore-Windparks vor der britischen Küste benötigt werden, aus Großbritannien stammen sollten. Immer wieder wurden die 50 Prozent aus verschiedenen Gründen allerdings nicht erreicht, vor allem fehlten relevante Industriekomponenten aus UK, so dass Entwickler auf die Förderung von Ausbildungs-, Forschungs- und Hochschulaktivitäten zur Kompensation ausweichen mussten.

Neues BEIS Regime schafft unkalkulierbare Risiken für Investoren und Regierung

Bisher gelang es Entwicklern so, die Lieferkettenprobleme zu umgehen. Auch weil sie sich durchaus der Tatsache bewusst waren, dass europäisches Recht der britischen Regierung nicht wirklich erlaubte, die Nichteinhaltung der Pläne zu bestrafen.

Mit den neuen Vorschriften werden die Karten jedoch neu gemischt.

Die von BEIS festgelegten Regeln werden eine Nichteinhaltung vereinbarter Lieferkettenpläne nicht mehr zulassen. Der SCP (Supply Chain Plan), also die genaue Definition, welche Zulieferprodukte eingesetzt werden, wird nun fester Bestandteil der unterzeichneten Verträge (CfD-Contracts for Difference). Die neuen Vorschriften bedeuten, dass eine Nichteinhaltung von eingegangenen Lieferketten-Verpflichtungen zu massiven Strafen führen können. Im 'worst case' könnte es bedeuten, dass das BEIS die Verträge ohne Entschädigungsregelungen selbst noch nach Beendigung des Projektes aufkündigt...

Die britische Regierung hat sich in der Queen's Speech 2019 verpflichtet, bis 2030 40 GW an Windenergie zu bauen, anstelle der 30 GW, die im März 2019 zwischen Regierung und Industrie im Offshore-Sektor-Deal vereinbart waren. Der Deal fordert nun auch eine strengere Überwachung des geforderten 60 Prozent Anteils an britischem local content beim Bau von Windkraftanlagen. Wir gehen davon aus, dass sich diese 60% durchaus noch erhöhen könnten, da nun rechtliche Beschränkungen mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem EU-Binnenmarkt der Vergangenheit angehören. Und es sieht so aus, als ob Investoren keine andere Wahl haben, als von Anfang an Hand in Hand mit den Entwicklern zusammenzuarbeiten, um einen umsetzbaren Lieferkettenplan zu gewährleisten.

Aber auch für die Regierung entstehen große Risiken

Sollten lokale UK-Inhalte nicht verfügbar sein und sich BEIS als unnachgiebig herausstellen, wie bisher Kompensationen anstelle von local content zu erlauben, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass Entwickler und Investoren ihre Aktivitäten in andere Regionen verlagern – beispielsweise an die aufstrebende US-Ostküste oder nach Südostasien. Japan scheint außerdem die nächste große Offshore-Sache zu werden.

Das Vereinigte Königreich könnte mit einem zunehmenden Mangel an Enthusiasmus internationaler Entwickler und Investoren bei der Unterstützung des ehrgeizigen britischen Offshore-Windprogramms konfrontiert sein, was dann die britische Regierung dazu zwingen würde, Anreize für relevante Elemente der Offshore-Windenergie-Lieferkette zu schaffen, sich auf britischem Boden niederzulassen, um damit die geforderten 60 Prozent local content auch sicherzustellen. Wahrscheinlich wird dieses die einzige Möglichkeit sein, um das Risiko vorzeitiger Vertragskündigungen für Entwickler und Investoren auf der ganzen Linie zu mindern.

Gleichzeitig massiver Ausbau UK Offshore Windanlagen beschlossen

Einerseits also de facto kaum zu erfüllende neue local content Bedingungen. Andererseits der beschlossene massive Ausbau der Windenergie in britischen Gewässern: Im Rahmen des Sektorabkommens hat das BEIS den Regierungsauftrag erhalten, halbjährliche CfDs (Contracts for Difference für Offshore Wind) mit einer jährlichen Leistung von bis zu 3 GW zu liefern. Mit Blick auf die späteren 2020er Jahre wurden durch The Crown Estate (die Auktionsbehörde) für die 4. Ausschreibungsrunde zunächst vier Gebiete an Meeresbodenrechten im britischen Nordseesektor festgelegt. Die beiden größten, mit rund 42.000 km² Fläche, sind für die Installation von 7 GW bis 8,5 GW gut. In der Wettbewerbsausschreibung Anfang Februar 2021 sicherten sich RWE Renewables zwei Standorte auf der Dogger Bank mit einem Potenzial von jeweils 1.500 MW und das Konsortium GIG/Total einen Standort vor der Küste von Lancashire mit einem Potenzial von ebenfalls 1.500 MW.

Es ist recht klar, dass im britischen Offshore-Wind-Segment ein riesiges Umsatzpotential besteht: 40 Gigawatt sollen bis 2030 von Offshore-Windenergieanlagen erzeugt werden, was nach heutigem Stand der Technik insgesamt rund 2.300 zu installierende Windräder bedeutet. Mit dem aktuellen „Strikeprice“ von 41,61 GBP/MWh und Anlagen der neuesten Generation mit rund 29 MW Nennleistung könnte sich daraus bis 2030 ein Umsatzpotential von rund 4,9 Mrd. EUR jährlich ergeben. Eine Summe, die nicht so leicht ad Acta gelegt werden sollte.

Europäische Investoren und Entwickler mit Blick auf die britische Offshore-Windindustrie sind gut beraten, sich über die aktuelle Situation noch einmal Gedanken zu machen.

Lösung für europäische Spieler konzipiert - Initiatoren sollten jetzt aktiv werden

Die neue Situation begünstigt außerordentlich ein System eines 'UK East Coast Integrated Yard and Quay', eine Fertigungsstätte, die Offshore-Windfundamente von Monopiles (MPs), Transition Pieces (TPs) bis zu Windtürmen an einem Standort herstellt, sie dort lagert und direkt auf die Transportmodule stellt. Dies ist ein Konzept, an dem seit einiger Zeit gearbeitet wird. Und jetzt, da ab sofort die strengeren Regeln für mehr 'Local Content' in Kraft treten, ist die Zeit zum Handeln gekommen.

Um einen integrierten MP/TP/Tower Yard & Quay (IYQ) in die Realität zu überführen wurden zwei Phasen vorgeschlagen.

In der ersten Phase werden potenzielle IYQ-Partner an einen Tisch gebracht. Es wären dies MP-/TP- und Turmhersteller, ein britisches Unternehmen aus der Stahlherstellung und Investitionspartner, um in einem ersten Schnitt über die erforderlichen Randbedingungen zu diskutieren. Dabei ginge es um Standorte, erforderliche Kaianlagen, Hinterland, Bodenlasten und generelle Infrastruktur sowie Planungszeiträume. Bei einem 'Ja, weitermachen' folgt darauf die Etablierung eines gemeinsamen Planungstabes mit Produktions- / Planungsingenieuren und Finanzspezialisten, die schrittweise Standorte, gemeinsame Fertigungs- und Logistikressourcen für alle Komponenten, Produktionssynergien und Kosten bewerten. Hinzu kämen erforderliche Diskussionen mit Offshore-Windpark-Entwicklern, Investoren, Immobilieneigentümern von potenziellen IYQ-Standorten an der britischen Ostküste und dem BEIS.

In der zweiten Phase würde der IYQ in die Realisierungsphase treten. Der IYQ wird als eigenständige juristische Person mit von den Partnern gehaltenen Anteilen registriert und am Ende liefert das IYQ-Projektteam dem zu installierenden IYQ-Management eine funktionsfähige Produktionsanlage.

Zeitlich parallel rekrutiert und trainiert das Betriebsteam alle notwendigen Arbeitskräfte, arbeitet an festgelegten Sequenzierungs- und Planungsoptionen und arbeitet mit Entwicklern am Aufbau und Zeitplan der Inbetriebnahme

Was wäre der Nutzen eines solchen Vorgehens?

Accordo Partners, einer der Befürworter dieses Konzeptes, schätzt, dass ein integrierter XXL (Extra Large) MP/TP/Tower Yard & Quay an der Ostküste jährlich mehr als 450.000 Tonnen kostengünstigere MP/TP/Tower-„Sets“ aus britischer Produktion liefern könnte, und damit leicht die Anforderungen der 'Supply-Chain-Plans' erfüllen könnten. Die vermiedenen Transportkosten über die Nordsee von kontinentaleuropäischen Häfen zur britischen Ostküste und die damit verbundenen geringeren Versicherungsprämien werden auch dazu beitragen, die LCoE (Levelised Cost of Energy) der britischen Offshore-Windsektor-Entwickler zu senken.

Insgesamt ist das Ganze eine einmalige Gelegenheit für Real-Asset-Investoren, einer wichtige Komponente des britischen Windenergie-Sektors Rückenwind zu verschaffen und durch die Nachfrage der Offshore-Wind-Entwickler nach Local Content eine sichere Einnahmequelle zu generieren.

Eine solche erste Investition in die Produktion von Monopiles, Transition-Einheiten (TPs) und Windtürmen für die Offshore-Wind-Industrie hätte einen enormen Wettbewerbsvorteil und würde letztlich den IYQ-Partnern einen hohen Marktanteil sichern.

Es sieht ein wenig so aus, als ob sich die europäischen Hersteller von Windpark-Komponenten in einer Zwickmühle befinden. Unternehmen aus Südostasien haben bereits Absichtserklärungen zur Errichtung einer Monopile-Fertigungsanlage an der britischen Ostküste unterzeichnet. Eine geplante Investition, die jährlich etwa 300.000 Tonnen Stahl aus den Nordseemärkten europäischer Hersteller abziehen könnte, wodurch der Anteil europäischer Unternehmen am britischen Windenergie-Markt in die Knie gehen könnte.

Für die europäischen Spieler ist es vielleicht noch nicht zu spät.

Diejenigen, die sich jetzt für das geplante IYQ an der britischen Ostküste als First Mover entscheiden, könnten möglicherweise in der Lage sein, sich den dynamischsten, sichersten und risikoärmsten Offshore-Markt weltweit zu sichern und gleichzeitig ihre Nord- und Ostseemärkte zu verteidigen.

Aber sie müssen sich jetzt entscheiden.



Die **British Chamber of Commerce in Germany e.V. (BCCG)** ist ein privatwirtschaftlich finanziertes Unternehmensnetzwerk mit rund 600 Mitgliedern und 5.000 persönlichen Kontakten, die im bilateralen Handel und Geschäftsverkehr tätig sind. Die britische Botschafterin in Deutschland ist Schirmherrin der BCCG, die ursprünglich 1919 gegründet wurde. Im Jahr 2019 feierte die BCCG ihr 100-jähriges Bestehen als eines der leistungsstärksten internationalen Business Netzwerke in Deutschland und als größte britisch-deutsche Wirtschaftsvereinigung in Europa. Die BCCG unterstützt den bilateralen Handel und die gegenseitigen Beziehungen, was angesichts der Brexitfolgen jetzt noch wichtiger ist. Die BCCG baut Brücken für eine gedeihliche Partnerschaft zwischen Deutschland und Großbritannien.

Autoren:

Dr. Rainer M. Giersch, Chairman Hamburg/Norddeutschland, Accordo Partners Ltd
Rolf Fyne, Founding Partner, Accordo Partners Ltd

Kontakt:

Ilka Hartmann, Managing Director & Member of the Board

Friedrichstr. 140
10117 Berlin
Germany

Tel.: +49 (0)30 206 70 80
Fax: +49 (0)30 206 70 829
E-Mail: info@bccg.de
www.bccg.de